

# Sächsische Volkszeitung

Besuchspreis: Blechbüchlein in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt. Ausgabe A mit Illust. Beilage 10.20 M.  
Ausgabe B 9.15 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus! Ausgabe A 10.05 M. Ausgabe B 9.00 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenenden nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 15 Uhr vorne.

Anzeigen: Minnahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorne. — Preis für die Zeitung: Spalte 1,20 M. im Nachmittag 2,50 M. Familienanzeigen 1,80 M. — Für unentbehrlich geachtete, sowie durch Vermüter aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortung für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

## Die Programmrede des Abgeordneten Geßlein im Landtage

### Der erste Zug der politischen Aussprache

Dresden, 16. Dezember

Die politische Aussprache im Landtage wurde heute von dem Mehrheitssozialisten Müller eröffnet, der seine Befriedigung und die Bestätigung seiner Freunde über die Regierungserklärung ausdrückte. Diese Regierungserklärung müsse in die Tat umgesetzt werden. Er brachte eine Reihe von Wünschen zum Ausdruck. Er beschäftigte sich dann mit dem angeblichen „Treiben der Reaktion“ und trat für den Schutz der republikanischen Verfassung ein. Die Kulturstaffeln will er, im Sinne sozialistischer Ansprüche gelöst und bewegter haben. Vor allem kann er die Durchführung der Trennung von Kirche und Staat nicht erwarten. Alle Hindernisse dazu müssen beseitigt werden. Trotz dieser Einstellung befahl der sozialdemokratische Abgeordnete den Rat, die Flughäfen, welche die Reichsbehörden der Sozialisten schmägeln, als Flüge zu bezeichnen. Auf verschiedene Zwischenfälle machte er aber sofort seiner Religionsfreiheit dadurch Lust, dass er die Kirchen mit Turnvereinen in eine Parallele stellte. Sonst hat die Rede des Mehrheitssozialisten wesentlich Vernerterwerben nicht. Sie wurde verhältnismäßig ruhig aufgenommen.

Den denationalisierten Standpunkt vertretet der Abgeordnete Beutler. Er hält eine Rede gegen Kultus, die zu lebhaften Auseinandersetzungen führte. Er beschäftigte sich mit der Zusammenstellung des Ministeriums. Die Minister waren mit Ausnahme der Spitzenvollzähler vertreten. Beutler warf die Frage auf, wie und wie lange die drei sozialistischen Parteien unter dem Kommando des Ministerpräsidenten zusammengehalten werden können. Diese Regierung werde durch innige Verbindung auseinanderfallen. Er lehnte sich dann eingehend mit den einzelnen Punkten der Regierungserklärung auseinander. Unzweckmässig müsse es dabei berühren, dass er viele Punkte allein vom Standpunkt des guten Wohlgeschäfts beleuchtete. Sehr bedeutsam war es, dass er sich in seiner fast zweistündigen Rede noch keine drei Minuten mit den Schul- und Erziehungsfragen beschäftigte. Abg. Beutler erklärte selbst, dass er sich dazu kurz lassen wolle. Er verlangte lediglich vom neuen Kultusminister Bericht über die Wirkungen des Übergangsgesetzes. Dass er, der Denationalisator für eine Erhöhung, ausgerechnet der Umsturzfeuer eintrat, soll auch nicht unerwähnt bleiben. Ein Meisterstück der politischen Unschuldlichkeit leistete Herr Beutler sich, als er diese Regierung nach dem Erfolg über die Abfindung des Königshafens fragte. Im zwischen waren schon drei Standes vergangen. Das Interesse stände im Soale mächtig ab. Und es kommt oft recht durch die sehr maroden Aussführungen des deutschen Volksparteiers Dr. Rickhauser nicht wohler geworden. Auch er nahm gegen die Regierung Stellung. Er standt das Auftreten eines zweiten Ministers seiner Partei an. Es erschien bei den Parteien überhaupt ein ungeheures Redeverbot zu bestehen. Den alten Soh, das in der Kürze die Blaue liegt, scheinen viele Parteien des Bundesstaats noch nicht als zureichend anzusehen. Insoweit stimmen wie dem Abg. Beuthmann zu, als er erklärte, dass das Christentum die stärkste Macht gegenüber dem Sozialismus ist. Die Sozialisten zeigten darüber natürlich in Wahrheit, wie düster aber dazu bewegen, dass die praktische Politik der Deutschen Volkspartei leider nicht immer im Kontrast zu diesem Soh ist bewegen.

Der unabhängige Abg. Müller-Beißig war von seinem Standpunkt aus durchaus berechtigt, die Regierungserklärung anzugreifen, denn sie macht den Unabhängigen ja auch Konkurrenz genug. Aber die Regierungserklärung geht ihm noch nicht weit genug. Es ist aber so offen, die Regierungserklärung als eine Kampfansage an das Kriegsgericht zu bezeichnen. Die Verharmlosung der Kämpferfrage hält der unabhängige Sozialist für unmöglich. Er wünschte die Auflösung des Prinzipialstaates. Das Bündnis mit ganz links ziehen seine Blicke nach die Unabhängigen einem solchen mit bilateralem Parteien vor. Daraus ziehen sie ihre Politik.

Das Haus stellte sich wieder, als der Kommunist Weinert gegen halb sieben Uhr abends das Wort nahm. Er polemisierte zuerst dagegen, dass der deutschationale Redner den Kommunisten die Jugend vorzwarfen habe. Die Kommunisten seien wohl daran, die Jugend zu besiegen, und das Alter sei noch keine Gewalt für die Weisheit. Es wurde ihm darauf aus der Mitte zugeworfen, er solle da nur stehen, dass er nicht als weise. Sturmische Heiterkeit erfasste daran den Saal. Von Moral, von sittlicher Erziehung will der Redner nichts wissen. Distanz des Proletariats vor das Leitmotiv seiner Ansprüchen. Er steht gegen „gewisse Arbeitnehmer“ und meinte damit die Mehrheitssozialisten und Unabhängigen. Die Kommunisten wollen den Massen die Klassenunabhängigkeit zum Bewusstsein bringen. Bei der Befreiung des ac-

genwärtigen Bürgerbevölkerung beflogte er sich, dass die Kommunisten von den Sozialisten beider Richtungen nicht genügend untersetzt worden seien. Zum Schlusse trat er für den Kampf der Straße ein.

Um halb 8 Uhr kam der demokratische Abg. Dr. Seifert zu Wort. Weile Abgeordnete halten nicht so viel Spannkraft, durchzuhalten. Aber es sollten nach Ansicht des Reichstags am Donnerstag noch alle Parteien sprechen, da am Freitag eine zweite Regierungserklärung vorgelegt werden soll. Ein Vergessen war es nicht, so spät abends noch zu sprechen. Dr. Seifert konzentrierte den abwehnenden Standpunkt des demokratischen Partei zur Regierung und den sächsischen Regierungsparteien. Weiter verzichtete er die Haltung der demokratischen Minister in der bisherigen Regierung zu rechtfertigen. Heute sei es der demokratischen Partei nicht mehr möglich, der Regierung zu folgen. Die Stellung zur Monarchie kann die demokratische Partei von der deutschen Volkspartei. Dass Dr. Seifert für die Simultanwahl einztrat, ist weiter nicht verwunderlich.

Nachdem das Haus sich weiteren sehr eingesetzten hatte, eröffnete der Präsident Reichsrat Herrn Abg. Hirschel das Wort. Es war inzwischen glücklich 10 Uhr geworden. Daraufhin stand der Präsident daran, dass die Rededichte noch erhöht werden. Da noch anwanden Abgeordneten aller Parteien waren mit größter Aufmerksamkeit dieser Programmatte des ersten Rentenratumsabgeordneten zu. Wie lassen dieselbe im Wortlaut folgen. Zu tunzen, aber vorläufigen Worten durch Herrn Seiflein die Stellung der Rentenratumspartei zur gegenwärtigen Regierung. Das ist für eine Politik des Sozialen und wirtschaftlichen Ausgleichs ein, wobei es mit besonderer Wärme auf die Not des Mittelstandes und der großen Arbeiterklasse hinzuweist, vor einem neuen Kulturaufwand und mit Erfolgsbereitschaft die Würde des wundervollen Volkes verteidigt.

### Abgeordneter Geßlein

sahne aus:

Meine Damen und Herren! Die gegenwärtige politische Aussprache soll ein Bild der Zusammenhänge in den einzelnen Parteien geben, soll zeigen, welchen Wert halt.

Die Bildung der Regierung aus dem Programm dieser Regierung bei den Parteien und damit bei der Wählerschaft gefunden haben. Die gegenwärtige Situation lässt sich in E. sehr leicht in eine kurze Formel zusammenfassen, nämlich Opposition der bürgerlichen Parteien gegen die gegenwärtige Regierung. Dabei möchte ich ausdrücklich betonen, dass der Begriff Opposition natürlich jeder vorstehenden Partei vorliegen kann. Als Vertreter der Christlichen Volkspartei, der Rentenratumspartei, die zum ersten Male hier in diesem hohen Hause antritt, befand ich, dass ich mich mit der Opposition nun der Opposition willen aufzulegen. Die Christliche Volkspartei, das Rentenamt, ist, will kein und muss eine Partei der praktischen Wahrheit, wenn sich überhaupt eine solche Wahrheit im Rahmen unserer Grundsätze verwirklichen lässt. Die ganze Geschichte der Christlichen Volkspartei, die in diesen Tagen ihr 50jähriges Bestehen feiert, lehrt, schaut sie davor, eine Partei der Opposition willen zu sein. Es ist gewiss klar, dass die Rentenratumspartei bei ihrer Gründung in Opposition zu der damaligen Regierung im Deutschen Reich war in Fragen stand. Der Kulturstreit hat diese Oppositionsstellung notwendig gemacht, aber selbst in den späteren Zeiten des Kulturstreites ist die Christliche Volkspartei niemals sowohl gegangen, dass Staat das zu verhindern, was er zum Leben braucht, niemals hat das Rentenamt Staatshand als solchen verwirkt. Nur gerade jetzt in den letzten Jahren hat die Christliche Volkspartei im Deutschen Reich und in den einzelnen Ländern nicht eine Politik getrieben, die durch ihre Vereinigung die Verhältnisse mit dem Reichslinientum hätte, sondern sie ist mit der Entwicklung im höchsten Maße bravour gescheitert und hat nach dem Vorte gekämpft. Es der verfeindete Rentenratumsführer Geßlein in einer Fraktionsschaltung der Rentenratumspartei in Berlin ausgebrochen hat. Und wenn die Partei darüber zugrunde geht, dass Sachsen nicht gerettet werden kann. Aber für diese Wahrheit sind natürlich gewisse Voraussetzungen notwendig, die unter allen Umständen erfüllt werden müssen. Diese Voraussetzungen erscheinen meinen Freunden und mir bei der gegenwärtigen Regierung nicht erfüllt und auch die Erklärungen, die Herr Ministerpräsident Bod am Dienstag abgegeben hat, haben nicht befriedigt können.

Die Anerkennung der gegenwärtigen Regierung entspricht nicht dem Willen, wie er in der Wählerschaft am 14. November zum Ausdruck gelommen ist. Diese Auffassung wird bestätigt durch die Regierungserklärung, in die sehr viel von den Gedanken der sozialen Gegenfrage zum Bewusstsein bringt. Bei der Befreiung des ac-

demokratischen Welt- und Lebensanschauung die Rolle ist, aber mit keinem Wort gesagt wird, dass nach demokratischen Grundsätzen regiert werden soll. Man kann sich des Gefühls nicht erweichen, dass das, was von der

### Weisheitsrauschen

in dieser Regierungserklärung gefragt wird, obgleich so zu verstehen ist, wie die Haltung von der Regierung zu anstreben ist, wie die Weimarer Verfassung von denen ausgeführt wird, auf die sich diese Regierung führt und führen muss. Nach dem, was hier am Tage der Wahl des Ministerpräsidenten hier gesprochen hat, darf sich die Regierung wahrlich nicht wundern, wenn sie nicht sozialistischen Parteien ihrem Programm mit größtem Rücksicht gegenüberstehen. Die Zukunft wird ja zeigen, was die Regierung in Bezug aufs Programm bringen wird und ob dies dann noch Zeit und Gelegenheit genügend seien, um E. an einzelne Punkte ihres Programms zu erinnern.

Was will sich daher heute daraus heranziehen, etwas annehmbare Gedanken vorauszutragen? Gemäß dem Programm der sozialistischen Volkspartei werde ich eintragen für eine

Politik des sozialen und wirtschaftlichen Ausgleichs. Ich heute weiß, obwohl ich es eigentlich nicht weiß, ob ich jemals in den letzten Monaten von der Ausbildung der Wiedereinheit gehalten werden, bis jetzt haben wir vor einer praktischen Durchführung dieser Umgestaltung sehr wenig bemüht. Eine sehr fest und gleich toll vorbereitete weitere Ausprägung der Einheitung einer sozialistischen Gesellschafts- und Kulturräume schon ausgedacht werden, nämlich, dass wie in vielen Freien neue Wege bestreiten müssen und ausgetretene solche verlassen müssen. Wenn ich das sage, so meine ich ausdrücklich, dass in E. das nur mit der Ablehnung des Sozialismus und ebenso unter Ablehnung einer kapitalistischen Zukunft nur auf dem Wege des sozialen und wirtschaftlichen Ausgleichs möglich sein wird. Vor allem aber möchte ich heute schon die Bedeutung bitten, in sozialer Hinsicht in dieser Linie aus der

### Sitzungs- und Werbungsfrau

die bevorstehende Zusammenarbeit anzuwenden. Bis dieser Orte kann noch außerordentlich viel geschehen. Ich vertraue die Schwierigkeiten in dieser Hinsicht nicht, aber es ein Willen ist, es auch ein Weg. Der Herr Ministerpräsident hat gesagt, dass er seitdem nur immer weitere Kreise propagieren, dass eine soziale Umgestaltung zu gewünschen ist. Dazu muss gesagt werden, dass es wohl Pflicht der Regierung ist, alles zu tun, um diesem Prozess Einhalt zu gebieten, dass es vor allem in Gebot der Stunde ist, den

Wirtschaft in weitem Sinne des Wortes zu fördern und zu unterstützen und zu unterstützen und dort vor allem alles gezeigt zu tun, um die

### Pot des gelungenen Arbeiters

zu fördern. Ein Volk, das keine politische Macht mehr verhindern kann, ein Volk, das die gesetzliche Macht nicht mehr in die tatsächlichen Weise pflegen und ausüben kann, risikernd einen Aufbruch gewährt. Hier müssen alle, ohne Unterschied der Parteien, mitmachen, um hindern zu müssen, dass irgendwie Gefahr für die Zukunft des Deutschen Volkes abzuhängen. Mit großem Unter- schied habe ich gesagt, dass der Herr Ministerpräsident eine

### Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion

auch auf dem Wege der Ausweitung landwirtschaftlichen Anbaus in Sachsen für geeignet hält. Erleichterungen der Ernährungswirtschaften herbeizuführen, Hoffnung ist über die Zukunft des Herrn Ministerpräsidenten und seiner Regierung sehr plausibel. Wenn wir von den Landwirten verlangen und verlangen müssen, dass sie ihrerseits offen tun, um die Not in den Dörfern und Landwirtschaften zu lindern, so muss auch die Regierung durch die Tat alles und Möglichkeiten tun, um die betroffenen Dörfer der Landwirtschaft zu fördern, weil nur dann es möglich sein wird, eine Steigerung der Produktion zu erzielen. Der Herr Ministerpräsident hat gewusst, dass er mit Mithilfe der Arbeit, der Angestellten, Ingenieure und Techniker die Sozialisierung ergreift und gelingt werden könnte und er hat in dieser Hinsicht einen Auftrag der Regierung an die Arbeiter, Angestellten, Ingenieure und Techniker ergeben lassen. Dieser Auftrag wäre berechtigt und begründbar, wenn er zur Wahrheit am Wege des ganzen Volkes eingerichtet wäre, aber ich glaube nicht, dass mit dem

### Schlagwort Sozialisierung

heute etwas Praktisches und Politisches erreicht werden kann. Über den Begriff Sozialisierung ist E. noch keine Härte erzielt. So wie ihn die gegenwärtige Regierung aufträgt, ist der Begriff überhaupt nicht realisierbar, um allgemein aber bei den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen. Nur eine Politik des Ausgleichs und der Gleichheit kann uns zum Ziele führen, kann ehrliche Verhältnisse schaffen.

Als die Aufgabe des neuen Kultusministers wurde der Ausbau und die Fortsetzung des Regimes bezeichnet und so wurde betont, daß

das Wollen und Wirken des neuen Herrn Kultusministers auch umgekehrt sei durch den Rahmen der Weimarer Verfassung. Diese Feststellung beweist die Richtigkeit der Politik, welche die Christliche Volkspartei, das Zentrum, in Weimar getrieben hat. Trotz dieser Erklärung aber steht das christliche Volk gerade in dieser Hinsicht der neuen Regierung mit außerordentlich großem und mit berechtigtem Misstrauen gegenüber. Ich möchte keinen Zweifel darüber lassen, daß, wenn der neue Kultusminister den in der Regierung bereits vorliegenden Entwurf eines „Gesetzes zur Regelung der staatlichen Kultus und des staatlichen Schutzes über die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und die ihnen gleichgestellten Vereinigungen“, also

eines neuen Oberaufsichtsgesetzes,

und zwar eines Gesetzes, das Evangelisch wie Katholiken in gleicher Weise treffen würde, eingubringen gedenkt, ich nicht einsehen könnte, wie ein solches Gesetz mit der Weimarer Verfassung in Einklang zu bringen wäre. Das wir brauchen, ist nicht Kulturstreit, sondern innerer Friede. Auch darüber möge sich der neue Kultusminister seinem Zweck hingewiezen, daß heute viele Kreise der Arbeiterschaft ebenfalls von einem solchen Kulturstreit nichts wissen wollen. Ich kann mich hier zum Beweise dessen darauf berufen, daß der Führer des mehr als 2 Millionen Mitglieder umfassenden Deutschen Gewerkschaftsbundes, der vormalige Wohlfahrtsminister und Abgeordneter der Christlichen Volkspartei Siegertwald in seiner Rede auf dem Kongreß in Essen am 21. November unter stilistischen Beihilfe folgendes ausgeschüttet hat:

„Wie verlangen, daß der Staat nicht nur laut Verfassung, sondern in der Wirklichkeit halt macht vor der Gewissensfreiheit des einzelnen, daß er in erster Linie halt macht vor der Freiheit der Eltern, die religiöse und spirituelle Erziehung ihres Kindes selbst zu bestimmen. Wie betonen, mit der Förderung des christlichen Staates, daß wir es für unmöglich halten, die staatliche Erfassung eines Menschen mit Gewalt aufzuwingen, da Staatsgewalt nur machen kann auf dem Boden der Autorität, Autorität aber wiederum nur auf dem Boden christlichen Glaubens und christlicher Sitten.“

In diesem Zusammenhang möchte ich weiter betonen, daß die Pflege der Kultur der besonderen Aufmerksamkeit bedarf und daß unter dieser Pflege der Kultur auch die Verdichtung der Stammbesitzerei zu verstehen ist. Hier möchte ich schon heute der Regierung

die Wünsche des wendischen Volkes

ganz bestehend an. Dies legen. In diesem Volksstamm steht eine außerordentlich große spirituelle Kraft, die dem Volksangehörigen unter allen Umständen nahegebracht werden muß. In bezug auf die Pflege der Sprache sind, was gerne anerkannt werden soll, Sicherheit im Lehrerungsabschluß entscheidende Bestimmungen getroffen worden, aber die Durchführung dieser Bestimmungen läßt noch außerordentlich viel zu wünschen übrig. Es erschien dringend notwendig, daß die Regierung dieser Durchführung besondere Aufmerksamkeit gewennt. Das wendische Volk hängt mit Recht an seiner Schule und möchte nichts anderes, als daß es sein Volkstum pflegen und hegen kann. Schähen Sie, meine Herren von der Regierung, diese Vorschriften, denn damit wird dem ganzen Volk gedient, befürwortet in einer Zeit wie der heutigen, in der die Schematisierung so viele Kulturstreite zu verursachen droht.

Um Mängeln der Verfassung tritt die Christliche Volkspartei nach Lage der Dinge der neuen Regierung als Oppositionspartei entgegen. Ich befürchte außerordentlich im Rahmen der Verfassung. Um Mängeln der Verfassung werden wir kämpfen für alles das, was uns lieb und teuer ist, werden wir einzutreten für die Erhaltung unserer Kultur in kirchlichem Sinne, für eine Politik des sozialen und wirtschaftlichen Ausgleichs, durch die allein dem Kampf aller gegen alle ein Ende gemacht werden kann. Mit Siegertwald stehen meine Freunde im Lande und ich auf dem Standpunkt, daß die Regierung nur durch eine Wiedergeburt im Geiste des Christentums kommen kann. Und darum werden auch sie mich als Leiterne gelten zur Vertretung der Politik der Christlichen Volkspartei in diesem hohen Hause: Christentum und Vaterland.

## Aus dem Reichstage

Berlin, 17. Dezember.

Am Donnerstag lag dem Reichstage eine umfangreiche Tagesschriftung zur Erfassung vor. Gegen den deutschnationalen Abgeordneten Brüder ist ein Antrag auf Einschränkung der Strafverfolgung wegen Belästigung gestellt. Der Antrag wird dem Gesundheitsausschuss überwiesen. Die Opposition ist der Antrag zufolge, den Abgeordneten (Abdr.) und Abgeordneten der Kommunisten der Reichsregierung mit der Entfernung will die Regierung in der nächsten Zeit befreien. Die zweite Erwähnung des Entwurfs einer Gesetzes über die Erfassung der von den Ländern und Gemeinden der Beamten in den besetzten Gebieten zahlbaren Wirtschaftsbelastung wird auf Antrag des Abg. Punkt (Zentrum) vorläufig von der Tagesschriftung abgelehnt. Zur einer längeren und eingehenderen Aussprache kam es erst beim nächsten Gegenstand, bei der zweiten Beratung über den Gesetzesentwurf zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbefreiung dem sogenannten Streit. Die einheitliche Regelung der Befreiung der Beamenschaft in Ländern, Städten und Gemeinden, wie sie bisher üblich war, hatte bekanntlich dazu geführt, daß gleichartige Beamtenkategorien ungleich behandelt wurden, da ein Teil der Länder sie in einer höheren Befreiungsfestigkeit als das Reich. Diese auf der Hand liegende Unzuständigkeit die notwendig Unzuständigkeit auslöste, soll nunmehr durch das Entwurf abgestellt werden. Die Redner saßen sich im allgemeinen zu. Allein Frau Rieß machte eine ungewöhnliche Ausnahme. Sie saß mit schiefem Kopf, schaute bis zum höchsten Punkt ihre Sprechstunde her, die auch durch das Fenster mit Sprechstunden in massen durchaus nicht geistreicher waren. Was sagt Adolf Hoffmann zu dieser neuen Konstellation? Die große Mehrheit des Hauses setzt sich für dieses Gesetz ein. Nur die Nationalen fordern Ärm in Ärm mit den Kommunisten das Jahrhundert: beide Parteien lehnen den Entwurf ab, allerdings aus verschieden Gründen. Die Nationalen, für die der Abg. Punkt spricht, aus dem Prinzip des Gehaltsatzes an der freien Überarbeitung Idee, die diese Gesetze als einen Eingriff in die Autonomie der Länder und in das Selbstverwaltungsrigh der Gemeinden erscheinen läßt die Kommunisten sind, wenn sie ihrer Nationalen freien Raum lassen wollen, immer dabei. Bei

diesem ist es Grundlos, gegen ihren Entwurf der Regierung zu sein. Der Befreiungsausschuss ist ein Komitee des Reichsministeriums des Innern. Das Gesetz ist aus der Befreiung, ob es ist, bei dem Befreiung nichts anderes bedeutet, als eine Befreiung für den Artikel der Reichsverfassung, wonach dem Reich die Möglichkeit gegeben ist, allgemeine politische Verhältnisse über die Beamteneinschätzung zu ändern. (Artikel 20, Absatz 2 der Reichsverfassung.) Diese Annahme bestätigt ihm im Verlaufe der Debatte der geheimen Regierungsrat im Justizministerium Artikel 8 mitgetragen. Der dritte Moment des Ausschlusses Bayerns und der Unabhängigen Partei zusammen mit allen Deutlichkeit zum Ausdruck bringt. Das deutsche Volkswillen des Reichs antritt, das Gesetz ein, betont aber, daß es für seine Freunde erst annehmbar geworden sei in der Prüfung des Reichstages. Auch der Demokrat (Röhl) gibt dem Gesetz keine Zustimmung. Der Finanzminister Dr. Wirth begründet noch einmal kurz und trenns die Notwendigkeit des Gesetzes, das zunächst bis zum 1. April 1923 gültig sein soll. Der Bevollmächtigte der Kaiserlichen Staatsregierung wehrt sich gegen diesen Gesetzentwurf, weil er zu tief in die Kompetenzen der Länder eindringt. Die Abstimmung ergibt die Annahme des Gesetzes in der Hauptsitzung und mit den Abstimmungsergebnissen des Ausschlusses gegen die Stimmen der Rechten und der radikalen Linken. Darauf wendet sich das Haus dem Gesetzentwurf betreffend Ränderungen des Befreiungsgesetzes vom 20. April 1920 in zweiter Beratung an. Abg. Höfle (Benz) erstattet Bericht über die Ausschusshandlungen. Abg. Steinlopp (Sos.) berichtet über die Positionen und betont, daß die Verabschiedung die größte Sorge habe. Die Zahl der beteiligten Gruppen erscheint ihm viel zu hoch. Abg. Höfle (Benz) betont, daß alle Parteien in gleicher Weise im Ausschuss betreut gewesen seien, für die Beamten zu milden Maßnahmen hätten bestanden, doch ihnen durch die finanzielle Grenzen gezogen waren, die ein Recht nicht zuließen. (Probal) Meine Partei hat nun auch eine Reihe von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von Anträgen eingebracht, darunter den, einen Ausschluß von 21 Mitgliedern zu bilden, der in Schaltfragen als Verbundengesetz zwischen Regierung und Beamenschaft dienen soll. Abg. Degler (Deutschland) polemisiert gegen Steinlopp und begründet eine Anzahl von

## Die Völkerbundstagung

Berl., 16. Dezember. Die Völkerbundstagung verhandelte heute vorwiegend über weitere Aufnahmegerüchte. Von 86 Delegaten stimmten 35 für die Aufnahme Bulgariens, während Bulgarien (frankreich) sich der Stimmenabgabe enthielt. Für das Aufnahmegericht Finnlands schauten 39 Delegatungen. Durch die Aufnahme Finnlands soll aber der Regelung der Kämmerer nicht vorgegriffen werden. Auch das Aufnahmegericht Luxemburgs wurde angenommen, nachdem der Kommissionsexperte erläutert hatte, die Verpflichtungen des Artikels 16 des Paktes zu übernehmen, wonach dem Völkerbund das Recht des Durchzuges für seine Truppen gegeben werde. Präsident Humann stellte unter dem Beifall der Versammlung fest, daß 5 neue Staaten: Österreich, Bulgarien, Finnland, Polen und Luxemburg nunmehr dem Völkerbund angehören.

Es folgten die Aufnahmegerüchte Lettlands, Estlands, Georgiens,lettlands und Litauens, die zwar nach dem Vorschlag der Kommission noch nicht zum Bande zugelassen, denen aber eine Vereinigung in den technischen Organisationen des Bandes gegeben werden soll. Für die Aufnahme Armeniens sprachen sich in der Abstimmung 8 Delegatungen aus, dagegen 20. Entsprechend dem Vorschlag der Kommission wurde in der Nachmittagssitzung beschlossen, die drei baltischen Staaten Lettland, Estland und Litauen nicht aufzunehmen. Bei der Behandlung der gleichen Frage bestätigte Georgiens erklärter Ratgeber als Mitglied der Kommission, daß eine sehr starke Widerheit für die Aufnahme dieses Landes eingeraten sei. Die Kommission hat in ihrer letzten Sitzung Kenntnis genommen von dem Bericht der Unterkommission für die Randstaaten. In diesem Bericht wird darauf hingewiesen, daß sie die ihr übertragenen Aufgaben nicht erfüllen konnte, da die Unterkommission keine Kenntnis erhalten konnte von den Gefahren, die dem Völkerbundrat die endgültige Ausarbeitung der verschiedenen Mächten anvertrauten Mandate gestatten sollen. Nach längerer Aussprache brach die Kommission die Beratungen ab, nachdem sie den Antrag Lord Robert Cecil angeworben hatte, daß der Bericht der Versammlung ohne jeden Kommentar von Seiten der Kommission übermittelt werden solle.

### Notengestöber

Paris, 17. Dez. Die Postschiffkonferenz stimmte dem Reglement für die Durchfahrt von intercalierten Kreuzerschiffen durch den Kanal zu und beschloß an die österreichische Regierung eine Note zu richten, in der diese aufgefordert wird, die aus der Anwendung der militärischen Klauseln des Vertrages von St. Germain sich ergebenden Maßnahmen zu ergreifen. Die Konferenz beschloß ferner an die deutsche Regierung eine Note zu richten, in der Deutschland gefragt werden soll, aus welchem Grunde der Abschluß des Vertrages mit Dänemark über die Regelung der durch die Abreise von Nordschleswig entstehenden Fragen verzögert wird.

### Zur Abstimmung in Oberschlesien

Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“) Paris, 17. Dezember. Die Postschiffkonferenz nahm Kenntnis von den ablehnenden Antwortnoten Polens und Deutschlands zum Vorschlag der Alliierten über die Volksabstimmung in Oberschlesien. Die Konferenz beschloß, im Prinzip zu einer anderen Lösung zu kommen, auf der Grundlage des Vorschlags, die auf der Londoner Konferenz gemacht worden sind. Außerdem muß zu einer Wiederholung des Vorgehens auch die Wiederaufstellung Polens eingeholt werden, die nicht mehr zweifelhaft erscheint.

### Konstantins Abfahrt nach Griechenland

Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“) Rom, 17. Dez. Dem griechischen König wurden beim Verlassen des Bahnhofs in Venezia von einem Admiral nebst Matrosen Ehrenbezeugungen erwiesen. Kurzhalb des Bahnhofs empfingen griechische Matrosen den König mit endlosen Hochrufen. Mitglieder der griechischen Kolonie bewarben das Königsboot mit Blumen. Bei Lösung der Kette des „Aegeos“, der das Königspaar nach Griechenland brachte, gab ein italienisches Geschwader 21 Salutkäuse ab.

### Die Regierungsbildung Ungarns

Budapest, 17. Dez. Das neue Ministerium legt sich folgenden Vertragszusammen: Ministerpräsident Graf Teleki ist gleichzeitig mit der vorläufigen Führung des Ministrums des Außenrechts sowie des Ministeriums der nationalen Mindestheiten betraut; János Ferdinand; Finanzen Moland Hegedüs; Aderban Szabó Nagyataerde; gleichzeitig vorläufiger Landwirtschaftsminister; Landesverteidigung General Belizto; János Tomán; János Vas, gleichzeitig vorläufiger Ernährungsminister; Volkswohlfahrt Benárd. Das neue Kabinett leistete den Eid.

### Zur Lage in Prag

Prag, 16. Dezember. 110 Führer der Kommunisten sind unter Vorwürfe von Anklage in Haft genommen worden. Die führenden Führer bemühen sich, den Streit zu beenden und zu einem annehmbaren Ausgleich mit der Regierung zu kommen. Der Vorsitzende der tschechoslowakischen Partei veröffentlichte im „Lido Pravo“ einen Aufruf an die Arbeiterschaft, die möglichen Streit nur im Laufe des heutigen Tages einzustellen. Die tschechoslowakischen Parlamentarier hätten bereits gestern erklärt, daß der Streit abgeschlossen werden müsse. Nach dem „Prager Tageblatt“ ist die Fernverkehrsstrecke für Böhmen bis auf die im Staatsbahnhof befindlichen Gebiete wieder aufgehoben worden.

### Schweden lädt

Berlin, 16. Dezember. Die schwedische Regierung hat den deutsch-schwedischen Handelsvertrag auf den 16. März 1921 gefändigt.

### Ein Zwischenfall in Katowitz

Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“) Katowitz, 17. Dez. Am Sonnabend den 11. Dezember wurde in dem Bergungsort Tarczowa ein englischer Leutnant von einem angeblichen früheren deutschen Fliegerleutnant erschossen. Der Engländer soll herausfordernde Bemerkungen gemacht haben, die zu einem Wortwechsel führten. Hieraus soll er auf seinen Gegner losgeschossen sein, worauf ihn dieser durch einen Revolverschuß niederschreite. Der Täter stellte sich darauf freiwillig bei Polizei.

### Oberösterreichisches Bandenrätschäfen

Dresden, 18. Dezember. In Katowitz drogen am Dienstagabend 40 bis 50 mit Revolvern ausgerüstete Banden in das Verwaltungsgebäude und die Schatzkammern der Schlosshalle ein, wo sie den Ingenieur Göbel festsetzen und ausplünderten. Darauf drangen sie in die Räume der Hütte ein, entzogen den Geldschatz und raubten etwa 185.000 Mark. Die Täter sind unerkannt entkommen.

### Unterstützung der Östmetze

Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“) Berlin, 17. Dezember. Wie verlautet, hat das preußische Staatsministerium in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, dem Bundesstaat um Unterstützung der Östmetze nachzukommen und hat für diesen Zweck den Betrag von ½ Millionen Mark angesetzt.

### Streik in Halle

In Halle sind die Arbeiter industrieller Betriebe in den Streik getreten, angeblich im Zusammenhang mit der heute statt erfolgten Verhafung des politischen Redakteurs des „Volksblattes“ Dr. Stern. Auch die Arbeiter des sächsischen Elektroindustrieverbands haben die Arbeit niedergelegt. Die Straßenbahn hat ihren Betrieb eingestellt.

## Sächsische Volkszeitung

### Ein neues Kanalprojekt

Bremen, 17. Dez. Laut einer Meldung aus dem Haag, hat die Holländische Regierung der Kamerun einen Gelehrtenkonsortium von einem Nekemba-Kanal berichtet. Der Kanal soll von Brack bis Moerdijk, der Maas folgen und von dort in östlicher Richtung zum Rhein führen. Er würde etwa 15 km nördlich Rotterdam verlaufen. Der Bau, der auf deutschem Gebiet liegenden Strecke, würde durch Deutschland erfolgen. Länglich soll durch einen Verbindungskanal nach Moerdijk angeschlossen werden, daß so zwischentwischen möglich eine deutsche Kanalverbindung zwischen dem Niederrhein, Westfalen und dem deutschen Schlesien, in der Form des bekannten Bramschen-Stade-Kanals geschaffen wird.

### Großfeuer im Berliner Polizeipräsidium

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Berlin, 17. Dezember. Im Berliner Polizeipräsidium kam gestern abend Großfeuer zum Ausbruch. Durch Anbrechen eines Gasrohrs kam es zu einer gewaltigen Explosion, die von einer weithin hörbaren Detonation begleitet wurde. Mit einer scharfsinnigen Wacht wurde der Dachgiebel und das Gelände im brennenden Flügel um die Straße hinabgeschlagen. Nahe der viele Hunderte umfassenden Menschen brach eine furchtbare Panik aus. Frauen und Kinder schrien wild auf und alles stürzte in wilder Flucht in die Nebenstraßen. Zu den vielen ausgetragenen und eingefüllten Räumen befanden sich unbewohnte Räume mit Wiedereintrittschein der Glühörmeldämmer. Außerdem brannten dort auch die Raumteile, in denen die von der Polizei verdeckten nachrichten ausgestellt waren, wie Zappo, Automobilisten, Autos, Schreibmaschinen usw. die zuletzt auf Wiedereintrittschein ausgestellt wurden.

### Ein Ausschaff für Holz und Kohlenwirtschaft

Berlin, 16. Dezember. Der vorjährige Reichswirtschaftsrat hat heute einen Dringlichkeitsantrag beantragt zur Einziehung des Röppfers beziehen kann, einstimmig angenommen. Ferner wurde ein Antrag Greizer, der Ausschaff für Holz- und Kohlenwirtschaft unverzüglich zu bilden und einzuführen, einstimmig angenommen. Nach Erledigung von Ausschaffungsfragen wurde der Vorstand ermächtigt, die nächste Sitzung nach Bedarf vorzunehmen in der zweiten Hälfte des Januar 1921 einzuberufen.

### Aus dem Steuerausschuß

Berlin, 16. Dezember. Der Steuerausschuß des Reichstages setzte heute die Beratung des Motorfahrzeuges fort. Reichsfinanzminister Dr. Wirth führte aus, daß es ihm nicht sachlich erscheine, sei einen Entwurf über eine Zwangsanleihe vorzulegen, zumal er eine Gerechtigkeit einem solchen Entwurf die Zustimmung zu geben, bei den Parteien nicht habe erscheinen können. Der Beratung des Reichsmotorfahrzeuges hemmungen in den Weg zu legen, habe er um so weniger Anlaß, als das Reichskabinett nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß das Gesetz über die schnelle Erhebung des Reichsmotorfahrzeugs absehbar vorzuhaben werden soll. Das Finanzministerium habe aber auch einen Entwurf betreffend eine Zwangsanleihe angearbeitet, der den Abgeordneten zur persönlichen Einsicht offenliege. Nach längerer Ausdruck wurde neuordnung in die Beratung des § 1 eingetragen, zu dem von verschiedenen Parteien eine Reihe von Anträgen gestellt sind. Um eine glatte Erledigung zu ermöglichen, wurde ein Unterabmachung eingegangen, die heute noch in Abstimmung mit der Regierung die Formulierung suchen wird. Die Vorlage soll dann noch vor dem Ausschafftagen des Reichstages von diesem verabschiedet werden.

### Das Verbrüngtenstädtegesetz

Weiter der deutsche Rückstand mittelt, sieht das sogenannte „Verbrüngtenstädtegesetz“, d. h. das Gesetz über den Ertrag der durch die Abtrennung deutscher Städte entstandenen Sozialen, daß dem dementsprechend dem Reichstag zugehen wird, eine Beratung vor, sowohl für Sachsen als auch für die Einigungsmarken und Erwerbskosten und für die Schäden infolge von Verstümmelungen, Verhältnissen oder Verkleinerungen, insoweit für Städte durch Beschlagnahme oder Zwangsvorwaltung des Vermögens, durch Plünderung, rechtswidrige Belastung mit öffentlichen Abgaben usw. Die Mittel zur Abtragung der seitens der betroffenen Städte bereitgestellt; außerdem werden 60 Millionen Mark zur Verfassung gestellt, um denen durch mindestens Entschädigung in solchen Fällen Entschädigungen gewährt werden können, in denen ein formeller Anspruch nicht besteht.

### Zur Krankheit der früheren Kaiserin

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Berlin, 17. Dezember. Das Beleidigen der früheren Kaiserin gilt, wie der Lokalansager hält, bei der anhaltenden Herzschwäche wider einst zu erster Besorgnis.

### Vom Liebeswerk der Quäker

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Berlin, 17. Dez. Von den Quäkern sind übermäßig 918.000 Mark zur Fortsetzung der Kinderpflege in Deutschland zur Verfügung gestellt worden.

### Kleine Nachrichten

Bei Kreuzstadt ereignete sich ein Eisenbahnunglück. Aus den Trümmern wurden 9 Toten und 50 Verwundete geborgen. Der Haushaltsschutz des Reichstages bewilligte den Haushaltspunkt des Reichsjustizministeriums.

Gestern vorzeitig hat die Schließung der Berliner Kuchenbetriebe der Hotels und großen Weinläden in weitem Umfang begonnen.

Da die bulgarische Regierung ihr zuvor wichtige Bestimmungen des Vertrages von Neuilly nicht gehalten hat, hat die jugoslawische Regierung den Vertrag mit Bulgarien abgebrochen.

Auf der Wiener Nordbahnlinie ist heute nachmittag zwischen Süßenbrunn und Wagram ein Personenzug in einer Lokomotive entgleist, wobei zahlreiche Personen verletzt wurden.

### Aus dem sächsischen Landtag

#### Aufhebung des Dreikönigstages und des Frühlingsfestes

In der heutigen Dreikönigssitzung des Landtages wurde nach der Vorlage über den Entwurf eines Gesetzes, der die Aufhebung der sächsischen Sonderfeierstage betrifft, Dreikönigstag, 6. Januar, und Frühlingsfesttag bestimmt. Aufmerksamkeit bemerkenswert war, daß der Redner der Deutschen Nationalpartei, Dr. Wagner, erklärte, sie hätten die Bedenken gegen die Aufhebung des Dreikönigstages aufgegeben. Auch der Abgeordnete Kielhamer erklärte im Namen der großen Mehrheit seiner Fraktion (Deutsche Volkspartei) die Zustimmung zu der Regierungsvorlage. Schließlich wurde die Regierungsvorlage mit allen gegen drei Stimmen angenommen. Es stimmten gegen die Regierungsvorlage, also gegen die Aufhebung der beiden christlichen Feiertage mit der Genitivumsabgrenzung Heßlein, sowie die Abgeordneten Voigt und Pfarrer Dresler von der Deutschen Volkspartei. Die Deutschen Nationalen und die Deutschen Volkspartei mit Ausnahme der beiden genannten Abgeordneten haben also geschlossen den Aufhebung der beiden christlichen Feiertage zugesagt.

### Ministerpräsident Buck über die Abdankung des Königs

#### haus

Im heutigen Sitzung des Landtages erklärte der Ministerpräsident Buck auf die gestrige Anfrage des deutschnationalen Abgeordneten, daß die Frage der Abdankung des Königs bauend in den königlichen Geboten geltet, die zu lösen seien. Wenn die Sache auf das Reichsgebiet gelöscht würde, sei das Ende der Russen und anderer Abstammungen nicht abzuwenden. Zu einer der nächsten Abstimmungen werden die Grundlagen der Russenunterwerfung durchgehalten. Dann müßte der Landtag sich mit der Angelegenheit beschäftigen.

#### Aus dem Kleinstaatenausschuß

Im Kleinstaatenausschuß des Landtages wurde es bei Erörterung der Kleinstaatenfrage, daß die Bestimmungen über die Reform des Bevölkerungsgeiges, wegen des Reichsstaatenvertrages der Kinderlebensversicherung im Reiche um noch nicht abgeschlossen sind. Die im Reiche verabschiedeten neuen Leistungsschulden und Kinderbeiträgen werden nach der Bestimmung des Reichsbevölkerungsgeiges ohne weiteres auch für Sachsen wirksam und sollten absehbar ausgezahlt werden. Weiter wurde betont die Ausweitung der Bestimmungen über die Kinderlebensversicherung im Reiche um gesetzlichem Wege erfolgen. Anfolge der Bestellung soll das Sammelschuldt möglich noch vor Weihnachten ausgezahlt werden. In der Regierungssitzung der Hofbildung soll Sachsen dem Reiche unterstellig folgen. Mit der Abfertigung der Regierung, 25 Millionen Mark für Arbeitserzieher zur Verfügung zu stellen, erklärte sich der Kleinstaatenausschuß einverstanden.

Ein Antrag der Deutschen Volkspartei will die Regierung erlauben noch für das laufende Staatshaushaltsjahr des Landes die bisherigen Staatsmittel zu gewähren, auf die sie nach Artikel 173 der Reichsverfassung bis zur Aussonderung zwischen Staat und Kirche Anspruch hat und deren Verwendung bedingt ist, um die Geistlichen und Kirchenbeamten mit dem gleichen Bezug zu erhalten zu können, die den entsprechenden Gruppen der Staatsbeamten nach den neuen Bevölkerungsbeständen zugeschenkt werden.

### Nachrichten aus Sachsen

#### Der Ausstand im sächsischen Steinholzbergbau

Baldau, 16. Dezember. Wenn der Reichslehrer und der Reichslehrerwerbverband zustimmen, will das Reichskabinett gegen eins entwederliche Erhöhung der Kohlenpreise ebenfalls nichts einwenden. Die Erhöhung soll am 1. Januar 1921 in Kraft treten, aber unter der Bedingung, daß der Preis sofort abgeschritten wird. Das Reichskabinett hält es für eine Gewohnheit der Bergarbeiter, daß sie, wenn die Lohnfrage geregelt ist, die Überarbeitung der ersten Stunde freiwillig verhindern. Der Bergarbeiterkongress hielt deswegen in Bautzen eine Versammlung der Bergarbeiter in Hohenstein-Ernstthal ab. Es steht also in den nächsten Tagen wieder zu neuen Einigungssitzungen kommen.

— Baunen, 16. Dezember. Zur verbilligten Abgabe von Ratenfests an besonders Kindernmitteln, dem Willigen, die städtischen Kollegien 50.000 Mark, zur billigen Abgabe von Ölensfrüchten, Kreis Ruhland 25.000 Mark. Die Kartoffeln sollen zu 20 bis 25 Pfennig pro Kilo abgegeben werden. Weitergehende Wünsche machen mit Mühe auf die Finanzlage der Stadt abzulehnen werden, deren nächstjähriger Haushaltswill mit einem unbedeutenden Betrag von rund einer Million Mark abschließt. Ferner wurde einem sozialdemokratischen Antrag zugestimmt, die Regierung zu erlauben, in gewissem Maße die Erwerbsförderung zu erneut in zu genehmigen, daß in Sachsen die Erwerbsförderung ab 1. November d. J. nach Ortslage Konditionen erhält, wie dies bereits von Löbau und Bautzen geschieht.

### Aus Dresden

— Die Angestellten der Metallindustrie hatten gestern eine öffentliche Kundgebung nach dem Volksmahl-Saal einberufen, an der sich zahlreiche Mitglieder der Arbeiterschaft freier Angestelltenverbände und des Gewerkschaftsbundes der Angestellten beteiligten. Janusz Gießer berichtete über den Stand des Streiks und teilte mit, daß sich 1481 Angestellte im Industriegebiet befinden und daß der Angestelltenverband ein Ultimatum an die Urselnecker gerichtet habe.

### Kirchliches

#### Polens Niederlage im Balkan

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“) Rom, 17. Dezember. Trotz der Vorstellungen der politischen Regierung und des polnischen Reichstages haben weder der Papst noch der Patriarch Ratifikation des Friedensvertrags zwischen Polen und Rumänien ausgesprochen. Nach italienischen Reaktionen sollen zwei politische Bischöfe nach Rom reisen, um den Papst die Anwaltschaft zu unterbreiten und der polnischen Gesandten beim Papst soll abberufen werden.

#### Das dänische Königspaar beim Papst

Große Posten außergewöhnlich billige, mollige

# Jlausch-Mäntel

Extra-Angebot für Weihnachten

Serie I Serie II Serie III Serie IV

295.- 395.- 495.- 595.-

**Schlesinger**

Dresden, König-Johann-Str. 6/8

## Lebkuchen auf dem Christmarkt

Altmarkt — 5. Reihe, Nähe Germania — empfiehlt  
Wilhelm Kolbe, Dresden 29, Oskarwitzer Straße 36.

## In Plauen i. V. ist große Not

unter den 800 kath. Schulkinder, welche keine Kleider und Schuhe haben. Wer hilft den armen Kindern zu einer Weihnachtsfreude! Gehen nimmt entgegen

Das katholische Pfarramt in Plauen i. V.

Postleitzettel Nr. 98883 in Leipzig. Pfarrer Seidler.

## Weihnachts-Geschenk für strebsame Männer!

Verlangt gratis Prospekt über mein Haushaltszeug.

**Haushalt-Tisch-Hobelbank** 4000 im Gebrauch.

Paßt an jeden Tisch. Unverwüstlich.

Onigkeit Leipzig 9/1a, Moltkestraße 57.

## Görlitzer Waaren-Einkaufs-Verein, A.-G.

Wir empfehlen für das **Weihnachtsfest** unser großes Lager in

## Spirituosen, Likören und Punsch-Essenzen

Rum — Arak — Weinbrand — Cherry Brandy — Cordial-Médecine

Karlsbäuer — Mönchslikör — Pontifex — Danziger Goldwasser

Atlasch — Kummel Cristallisé — Eierlikör — Curaçao — Hampe's

Hab und Hab — Lappo's Aromatic — Echter Alpenkräuter-

Likör — Boonkamp of Hagenbitter — Riecher-Bitter — Schwarz-

wälder Kirschwasser — Echter Nordhäuser u. a. m. aus den

berühmtesten Fabriken von Rückforth, Asbach, Macholl, Cusenier,

2578 Bardinet, Kantorowicz, Haftmann, Nienhaus u. a. m.

Punsch-Essenzen von Nienhaus Nachf. u. Josef Selner, Düsseldorf

Schwedischer Clorotic-Punsch

Nur erstklassige Fabrikate :: Billigste Preise

Ausführliche Preislisten stehen gern zu Diensten

Mein  
**Weihnachts-Verkauf**  
von mod. Seidenstoffen  
und seidenen Bändern  
hat begonnen [bis]

Seidenhaus  
**Carl Schneider,**  
Dresden, Altmarkt 8

**China - Krepp**  
prachtvolle Farbenaus-  
wahl eingetroffen! [bis]

Seidenhaus  
**Carl Schneider,**  
Dresden, Altmarkt 8

**U**  
**Reit-Spiele**

## Die geschlossene Kette

Großes Drama in 5 Akten nach einem Roman von

Erich Wulffen, Dresden

In der Hauptrolle:

**Egede Nissen**

## Seine Frau — Meine Braut

Köstliches Lustspiel in 3 Akten mit

**Paul Heidemann**

Wochentags: 1/2 6 und 8 Uhr

Sonntags: 4, 1/2 7 und 9 Uhr

Der Vorverkauf der Eintrittskarten findet nur wochentags von 10 bis 12 Uhr an der Hauptkasse statt

Telefonische Bestellungen auf Eintrittskarten können aus technischen Gründen keine Berücksichtigung finden

## Weihnachten

sieht vor der Tür, und wieder wendet sich Bärenstein an die gläubige Gemeinde seiner lieben Wohltäter in Sachsen! Deut der Armen sind infolge der hier befindlichen großen Arbeitslosigkeit gar zu viel, vor allem die 180 Kinder, bis auf ganz wenige den ärmsten Eltern angehörend, die so fleißig den Religionsunterricht besuchen wieder auf eine Weihnachtsgabe. Der ihnen dazu verhelfen will, der sende ein Scherstück an das innigst dankbare

**Kath. Seelsorgsamt Bärenstein (Bez. Chemnitz)**

Postleitzettel Leipzig Nr. 47361.

## Kirchlicher Wochenkalender

4. Adventssonntag 2. Weihnachtstag

**Dresden-Strehlen.** Der Gottesdienst in der Schulenhalle, Strehlervorstraße 19, beginnt am kommenden Sonntag auch noch um 9 Uhr. Gelegenheit vorher von 8 Uhr an.

**Neuberg.** Sonnabend: von nachmittags 2 bis 1/2 Uhr Gelegenheit zur hl. Messe (2 Beichtväter).

4. Adventssonntag: 7 Uhr Messe, Abendmahl; Sammeltag: 9 Uhr Predigt, Abendgottes, liturgisches Abendmahl; 1/2 Abendandacht.

**Wittichen.** 22. Dezember feiert 6 Uhr Messe.

1. Feiertag: 1/2 Uhr nach Messe, 12 Uhr feierliches liturgisches Hochamt, Altarrede, Andacht an der Krippe, Segen mit einer Reliquie der Krippe, 1/2 Uhr hl. Messe mit Altarrede.

9 Uhr Predigt, liturgisches Hochamt mit Auszeichnung, Nachmittags 1/2 Uhr liturgische Messe.

2. Feiertag: 9 Uhr Predigt, liturgisches Hochamt, 1/2 Uhr Weihnachtstagandacht, Segen.

3. Feiertag (Hl. d. hl. Johannes): 1/2 Uhr früh hl. Messe mit Segen.

Dienstag, 28. Dezember (Fest der unzärtlichen Kinder, Feier des Kindheits-Jesu-Besuchs) 1/2 Uhr hl. Messe mit Segen und Altarrede, Andacht an der Krippe.

Festtag, 31. Dezember 7 Uhr abends Jahresabschlussandacht mit Totenreden und Segen.

**Bautzen.** Domkirche (Herrnhütte 403). So. u. F. 8.15 und 9.15 Uhr, 9.15 und 10 Uhr.

**Bautzen.** Marienkirche u. L. Kapelle, Herrnhütte 416. So. u. S. 7.30 deutsche Messe, 9 Uhr u. wöchentl. Fr. 10.45 Uhr u. deutsche Messe.

**Wilsdruff.** 1. wöchentl. 9 Uhr abends 6 S. S. deutsch.

**Wilsdruff.** 2. Feiertag: 9 Uhr abends Hochzeitshandlung mit Totenreden und Segen.

**Wilsdruff.** Domkirche (Herrnhütte 403). So. u. F. 8.15 und 9.15 Uhr, 9.15 und 10 Uhr.

**Wilsdruff.** Marienkirche u. L. Kapelle, Herrnhütte 416. So. u. S. 7.30 deutsche Messe, 9 Uhr u. wöchentl. Fr. 10.45 Uhr, 11 Uhr.

**Wilsdruff.** 1. Feiertag: 9 Uhr abends 6 S. S. deutsch.

**Wilsdruff.** 2. Feiertag: 9 Uhr abends Hochzeitshandlung, Predigt und Totenreden.

**Wilsdruff.** So. 14.12 Predigt-W., 9 Uhr, Fr. u. S. S. 11.12.

**Wilsdruff.** 6.15 Uhr, Fr. 15.12.

**Wilsdruff.** Sonntag 10.12. Hochamt und Predigt.

**Wilsdruff.** 1. Feiertag: 9 Uhr abends Hochamt und Predigt.

**Wilsdruff.** 2. Feiertag: 9 Uhr abends Hochamt und Predigt.

**Wilsdruff.** 31. Dezember: Abends 8 Uhr Jahresabschlussandacht, Predigt und Totenreden.

**Wilsdruff.** So. 14.12 Predigt-W., 9 Uhr, Fr. u. S. S. 11.12.

**Wilsdruff.** 6.15 Uhr, Fr. 15.12.

**Wilsdruff.** Sonntag 10.12. Hochamt und Predigt.

**Wilsdruff.** 1. Feiertag: 9 Uhr abends Hochamt und Predigt.

**Wilsdruff.** 2. Feiertag: 9 Uhr abends Hochamt und Predigt.

**Wilsdruff.** 31. Dezember: Abends 8 Uhr Jahresabschlussandacht, Predigt und Totenreden.

**Wilsdruff.** So. 14.12 Predigt-W., 9 Uhr, Fr. u. S. S. 11.12.

**Wilsdruff.** 6.15 Uhr, Fr. 15.12.

**Wilsdruff.** Sonntag 10.12. Hochamt und Predigt.

**Wilsdruff.** 1. Feiertag: 9 Uhr abends Hochamt und Predigt.

**Wilsdruff.** 2. Feiertag: 9 Uhr abends Hochamt und Predigt.

**Wilsdruff.** 31. Dezember: Abends 8 Uhr Jahresabschlussandacht, Predigt und Totenreden.

**Wilsdruff.** So. 14.12 Predigt-W., 9 Uhr, Fr. u. S. S. 11.12.

**Wilsdruff.** 6.15 Uhr, Fr. 15.12.

**Wilsdruff.** Sonntag 10.12. Hochamt und Predigt.

**Wilsdruff.** 1. Feiertag: 9 Uhr abends Hochamt und Predigt.

**Wilsdruff.** 2. Feiertag: 9 Uhr abends Hochamt und Predigt.

**Wilsdruff.** 31. Dezember: Abends 8 Uhr Jahresabschlussandacht, Predigt und Totenreden.

**Wilsdruff.** So. 14.12 Predigt-W., 9 Uhr, Fr. u. S. S. 11.12.

**Wilsdruff.** 6.15 Uhr, Fr. 15.12.

**Wilsdruff.** Sonntag 10.12. Hochamt und Predigt.

**Wilsdruff.** 1. Feiertag: 9 Uhr abends Hochamt und Predigt.

**Wilsdruff.** 2. Feiertag: 9 Uhr abends Hochamt und Predigt.

**Wilsdruff.** 31. Dezember: Abends 8 Uhr Jahresabschlussandacht, Predigt und Totenreden.

**Wilsdruff.** So. 14.12 Predigt-W., 9 Uhr, Fr. u. S. S. 11.12.

**Wilsdruff.** 6.15 Uhr, Fr. 15.12.

**Wilsdruff.** Sonntag 10.12. Hochamt und Predigt.

**Wilsdruff.** 1. Feiertag: 9 Uhr abends Hochamt und Predigt.

**Wilsdruff.** 2. Feiertag: 9 Uhr abends Hochamt und Predigt.

**Wilsdruff.** 31. Dezember: Abends 8 Uhr Jahresabschlussandacht, Predigt und Totenreden.

**Wilsdruff.** So. 14.12 Predigt-W., 9 Uhr, Fr. u. S. S. 11.12.

**Wilsdruff.** 6.15 Uhr, Fr. 15.12.

**Wilsdruff.** Sonntag 10.12. Hochamt und Predigt.

**Wilsdruff.** 1. Feiertag: 9 Uhr abends Hochamt und Predigt.

**Wilsdruff.** 2. Feiertag: 9 Uhr abends Hochamt und Predigt.

**Wilsdruff.** 31. Dezember: Abends 8 Uhr Jahresabschlussandacht, Predigt und Totenreden.

**Wilsdruff.** So. 14.12 Predigt-W., 9 Uhr, Fr. u. S. S. 11.12.

**Wilsdruff.** 6.15 Uhr, Fr. 15.12.

**Wilsdruff.** Sonntag 10.12. Hochamt und Predigt.

**Wilsdruff.** 1. Feiertag: 9 Uhr abends Hochamt und Predigt.

**Wilsdruff.** 2. Feiertag: 9 Uhr abends Hochamt und Predigt.

**Wilsdruff.** 31. Dezember: Abends 8 Uhr Jahresabschlussandacht, Predigt und Totenreden.

**Wilsdruff.** So. 14.12 Predigt-W., 9 Uhr, Fr. u. S. S. 11.12.

**Wilsdruff.** 6.15 Uhr, Fr. 15.12.

**Wilsdruff.** Sonntag 10.12. Hochamt und Predigt.

**Wilsdruff.** 1. Feiertag: 9 Uhr abends Hochamt und Predigt.

**Wilsdruff.** 2. Feiertag: 9 Uhr abends Hochamt und Pred



# Geschäfts-Anzeiger

## Bautzen

### Handschuhmacher u. Bandagist

**Josef Rother**  
Kornmarkt - Ecke, am Theater.

## Blasewitz

### Buchbinderei u. Bildereinrahmung

**Reinhold Dießner**  
Blasewitz - Dresden, Schillerplatz 10  
Fernsprech - Nebenanschluß 81 801  
empfiehlt sich zur Ausführung sämtlicher ins Fach schlagenden Arbeiten.

## Dresden

### Große Möbel-Ausstellung

Dresden-A, Altmarkt — Herkfeldhaus  
**Preiswerte Ausstattungen**  
Korb & Co., Möbel-Innendekoration

### Blumen- und Pflanzenhandlung

**Marg. Schuster**, Krenkelstr. 24, Fernruf 26500.  
Anfertigung aller Bindesiede und Dekorationen.

### Juwelen, Gold- und Silberwaren

**G. A. Scharffenberg**  
Dresden Seestraße 16

**Malerarbeiten** werden schnellsteins und zu mäßigen Preisen ausgeführt. Versich. Meistermeister, Bergmannstraße 11. Fernsprecher 80 820.

**Gold- und Silberwaren** Fernsprecher 18 178  
Reiche Auswahl. — Reparatur und Neuverarbeitung.  
**Friedrich Schoize**, Schloßstraße 5a.

### Briefordner-Fabrik Cito

und Buchbinderei  
Dresden-A. I. - J. Brendel, - Fernspr. 26812  
empfiehlt sich zur Anfertigung aller Buchbinder-Arbeiten.

**Pelzwaren, Hute, Mützen,** wahrungs-  
H. Padberg, Küschelnomstr. u. Mützenmacher.  
Luisenstraße 70, Fernruf 14 2 10.

2514 Ein schönes

### Weihnachtsgeschenk

Ist ein feinfingiger

### Kanarienvogel

mit schönem Kfz.-G.

große Auswahl in Vogelflügeln, Ständern,

Schilden usw. empfiehlt

Max Winkler, Dresden, Gr. Zwingerstraße 4

Mit gef. Waren werden unentgeltlich bis zum Heute aufgehoben.

### Zimtliche Bekanntmachungen

#### Butterverteilung

Mittwoch, den 22. und Donnerstag, den 23. Dezember 1920 wird die an jedem Verteilort der Stadt Dresden „D. L.“ mit 80 g Butter beliefert.

Beitrag 80.00 DM für ein Pfund = 4.80 Pf. für 80 g.

Angeboten von Geschäften erhalten auf besonders abgesetzte Landes-  
seitlungen „D. L.“ ebenso wie Bäckereien aus die jeweils gültige  
Speiseleitlinie in den bekannten Geschäften die entsprechende Menge  
Butter.

Vorzeitige Abgabe ist strafbar

Nur die Landessietlungen „D. L.“ findet eine Ver-  
teilung von Speiseleitlinie nicht statt.

Dresden, am 16. Dezember 1920. Der Rat zu Dresden.

#### Saatgutverbrauch

Für das Gebiet des Gemeindeverbandes Dresden und Um-  
gebung (Stadt Dresden, Amtshauptmannschaften Dresden-Stadt  
und Dresden-Neustadt) wird folgendes bestimmt:

S. 1. Zur Umarbeitung und Neubefüllung bereits bestellter  
Felder gilt nur dann als eracht, wenn die Genehmigung zur  
Neubefüllung nach Abschluß 1 rechtzeitig eingeholt worden ist.

S. 2. Zuwiderhandlungen werden nach §§ 80, 81 der Reichs-  
getreideordnung vom 21. Mai 1920 bestraft.

Dresden, am 16. Dezember 1920.

[2505]

Der Gemeindeverband Dresden und Umgebung.

### Josef Scarabis, Tischlermeister

Dresden - A. 1, Reinhardstraße 2  
Fernsprecher 27979

empfiehlt sich zur Anfertigung von Möbeln  
aller Art sowie Kontoreinrichtungen in  
solidester Ausführung zu zivilen Preisen.

### Schuhwarenlager

Rudolf Börschmidt  
Rosenstraße 29 b

Rosenstraße 29 b

### Josef Liebscher

Schneidermeister für Herren und Damen  
Dresden - Johannstadt, Haydnstraße 42, I.

## Leipzig

**Parkettfußboden** Arbeiten aller Art,  
auch für auswärts übernimmt  
Otto Elbinger, Kantstraße 17, Fernspr. 85226

**Installation** elektr. Licht- und Kraftanlagen

**Umänderung** von Lampen u. s. w.

Röhr, Hildebrand Nachf., Inh. F. Schiller,  
Laden: L-Schleußig, Könneritzstraße 52

Wohnung: L-Goh's, Briestr 35 I. Fernspr. Nr.

**Gebrüder Rockmann**

Leipzig-Radebeul

Dresdner Str. 75

**Herren- und Knaben-Konfektion**

Anfertigung nach Maß

**Buchbinderei** von Franz Harmuth,  
Leipzig, Lindenstraße 10,  
Fernsprecher 18716, Wohnung: Thomassiusstr. 21.

Anfertigt all. Art Bucheinbände schnell u. billig.

### Kirchenmalerei

Weststr. 29 Heinrich Hinrichs Fernspr. 11026

## Schirgiswalde

**Jacob Töppel, Schirgiswalde**

Webs-, Wirk- und Strickwaren-  
Manufaktur. Spez.: Hemden-  
und Bett-Stoffe, Tricotäugen,  
Strümpfe, Handschuhe,  
Sweaters, Strickgarne.

Verlangen Sie henni teile Offere.  
Sendungen von Mk. 800.— portofrei.  
Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

### Puppen,

Charakter-Babys,  
Gelenkpuppen

In großer Auswahl, sowie alle  
entwickelten Arten.

Reparaturen aller Art zu  
billigen Preisen empfiehlt

**Puppen - Börlitz**

Dresden, Annenstr. 37. 2324

### Frau-Ringe

Beim Bedarf in Trauringen beachten Sie  
bitte die billigen  
Preise in meinem Schaufenster.

### Otto Bernstein

Dresden - A. [2548]  
Prager Straße 31

### Pelz-

Kragen und Mütze, ge-  
fütterte Mäntel jetzt zu be-  
deutend herabgesetztem Preis  
Pels-Haus [2404]

Bulge vorm. Köhler

Dresden, Landhausstraße 6

Und bringt die Welt

Doch auch in Wut,

Ein Glas Spielhagen

Macht alles gut.

### C. Spielhagensche

Weingroßhandlung

Dresden, Annenstraße 9

Feuerwehrhof. 2324



Weich

und geschmeidig wird das  
Leder durch möglich Pflege  
mit Erdal. Die Schuhe  
haben Finger.

spare durch

**Erdal**

adressen - jell / braun / rotbraun Altkleider: Werner & Hertz, Berlin

Wacholderweg 10

Telefon: 24 00 00

Telegraph: 24 00 00